AZ 8021
Zürich

Montag, 7. Dezember 1992
Nr. 285

# Neue Zürcher Zeitung

## und schweizerisches Handelsblatt

Heute mit NZZ FOLIO

Briefadresse von Redaktion, Verlag und Druckerei:
Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11, Telefax 252 13 29
Anzeigenabteilung: Postfach 215, CH-8021 Zürich, Telefax 258 16 77
Inlandabonnemente: Telefon (01) 258 15 30, Telefax 258 18 39
Auslandabonnemente: Telefon (01) 258 11 11, Telefax 258 18 39
Abonnementspreise und weitere Angaben Seite 4 (Impressum)

Der Zürcher Zeitung 213. Jahrgang

Schweiz Fr. 1.50

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| bFr. | 60.— | Lit. | 2400.— | sKr. | 13.— |
| dKr. | 13.— | lFr. | 45.— | Pts. | 225.— |
| DM | 2.80 | hfl. | 3.50 | Kan. Inseln | |
| fFr. | 11.— | nKr. | 14.— | Pts. | 250.— |
| Dr. | 300.— | öS | 22.— | t£ | 12 000.— |
| £ | 1.— | Esc. | 275.— | Ft. | 127.— |


*Entlassung der Regierung von Uttar Pradesh*

## Zerstörung der Moschee in Ayodhya

### *Gewaltsame Entscheidung im indischen Tempelstreit*

Militante Hindu-Aktivisten haben am Sonntag die Babar-Moschee in Ayodhya gestürmt. Kurz nach fünf Uhr abends brach das zentrale Kuppeldach ein, ohne dass die Polizei eingeschritten wäre. Beinahe gleichzeitig gingen im Umkreis der Stadt zahlreiche Häuser und Hütten von Muslimen in Flammen auf. Zwei Stunden später wurde die Regierung des Staates Uttar Pradesh durch die Zentralregierung in Delhi entlassen. Premierminister Rao rief seine Landsleute über die Medien zur Ruhe und Mässigung auf.

*By. Ayodhya, 6. Dezember*

Eigentlich hätte am Sonntag mittag vor der umstrittenen Moschee in einer symbolischen Zeremonie der Bau eines *Ram-Tempels* begonnen werden sollen. Die Moschee, durch Stacheldrahtverhaue, Stahlzäune und mehrere hundert Polizisten im Innern geschützt, sollte unberührt gelassen werden, bis die muslimische Glaubensgemeinschaft zu einer Verlegung bewogen werden könnte. Kurz vor zwölf Uhr durchbrachen jedoch junge Aktivisten die von den Hindu-Organisationen errichtete Sicherheitszone, überrannten die für den symbolischen Spatenstich vorbereitete Plattform und begannen, die Verhaue und Gerüste um die Babar-Moschee zu übersteigen. Die *Polizei* im Inneren des Bezirks *floh,* ohne einen Schuss abzugeben, ins Gebäude, welches bald von jungen Fanatikern bestiegen wurde.

#### Aufgeputschte «Tempelbauer»

Das Hissen der Flaggen wurde von einem orkanartigen Ruf, «Jay Shri Ram», von den Dächern der umliegenden Gebäude begrüsst. Er war für Tausende das Signal, von allen Seiten die Verhaue niederzureissen und mit den losgebrochenen Eisenstangen das Mauerwerk der Moschee anzugreifen. Kurz nach fünf Uhr fiel die letzte der drei Kuppeln mit Getöse ein, übertönt vom Aufschrei Tausender von «Pilgern», die in der ganzen Stadt von Dächern und Strassen die fünfstündige Demolierung mit Anfeuerungsrufen begleitet hatten. Während des ganzen Nachmittags griff die Polizei nicht ein einziges Mal ein. Die hinduistische *BJP-Regierung* des Staates Uttar Pradesh hatte sich mit den Organisatoren verständigt, dass diese die Sicherheit der Moschee gewährleisten würden, um Zusammenstösse zwischen Polizei und Gläubigen zu verhindern. Noch am Vorabend hatte sich H. P. Seshadri, der Generalsekretär der ideologischen Kaderorganisation *RSS* gegenüber Journalisten überaus zuversichtlich gezeigt. Ein Augenschein in der Stadt, in der inzwischen *300 000 Gläubige* zusammengeströmt waren, schien dieser Einschätzung recht zu geben. Überall waren an ihren gelben Schärpen erkennbare RSS-Ordnungskräfte besorgt, den Fluss der vielen Menschen in geordneten Bahnen zu halten. Doch die aus ganz Indien hergereisten «Kar Sevaks» (Tempelbauer) zeigten am Sonntag, dass sie sich nicht mit einer religiösen Zeremonie abfertigen liessen. Während Wochen waren sie von den Religionspolitikern aufgepeitscht worden, um die Zentralregierung zum Einlenken zu zwingen und die Moschee den Hindus auszuhändigen. Nachdem sie aber bereits im Juli ein ähnliches Spiel der religiösen Stimmungsmache erlebt hatten, gaben sie sich diesmal nicht mit einem symbolischen Akt zufrieden.



*Hinduistische Extremisten beim Sturm auf die Moschee von Ayodhya. (Bild Reuter)*

Allerdings häuften sich im Laufe des Nachmittags vermehrt die Anzeichen, dass die radikale VHP, die sich mit der moderaten Politik der BJP und der RSS nur schlecht abfindet, von Anfang an den Plan gehabt hatte, die Zeremonie durch eine «spontane Aktion» platzen zu lassen und das Land vor vollendete Tatsachen zu stellen. So waren etwa die Ram-Statuen, die seit 1949 im Inneren der Moschee von Hindus verehrt werden durften, am Sonntag morgen entfernt worden. Auch sollten die Medien offensichtlich davon abgehalten werden, über die Aktion zu berichten. *Journalisten* wurden am Sonntag, überall wo sie auftauchten, *systematisch* von Aktivisten *angegriffen.* Zahlreiche Reporter erlitten leichte Verletzungen, während ihnen Kameras und Tonbandgeräte entrissen und zu Boden geschmettert wurden.

#### Möglicher Anfang eines Flächenbrands

Der Fall der Moschee von Ayodhya stösst das Land in eine neue *tiefe Krise.* Die Regierung von Uttar Pradesh, die für die Sicherheit der Stätte verantwortlich war, wurde noch am Sonntag abend abgesetzt. Die BJP verliert damit den volksreichsten Bundesstaat und muss sich zudem vorwerfen lassen, die Zerstörung der Moschee durch ihre eigenen Anhänger geduldet zu haben. Auch die Regierung von *Narasimha Rao* hat eine schwere Niederlage erlitten. Rao hatte der muslimischen Mehrheit formell zugesichert, die Zerstörung der Moschee nie zuzulassen. Er versuchte dies mit einer Politik des Hinhaltens und Beschwichtigens zu erreichen. Im entscheidenden Moment hat er dieses Versprechen nicht einlösen können und hat damit das Vertrauen der muslimischen Minderheit, die sich bisher erstaunlich zurückgehalten hatte, verraten. Dies dürfte ihre Unsicherheit gegenüber einem immer rabiateren *Hindu-Chauvinismus* noch vertiefen. Die ersten Anzeichen liessen sich, nur Minuten nach dem Sturz der Moschee, am Abendhimmel über Ayodhya ablesen. Aus Häusern von Muslimen, die durch Hindus, die wie in einem Rausch herumirrten, in Brand gesteckt worden waren, stiegen überall Rauchfahnen auf. Es besteht die Gefahr, dass die Zerstörung der Moschee und die darauffolgenden Brandstiftungen bald einmal das ganze Land überziehen werden.

## EWR bei Rekordbeteiligung am Stände- und knapp am Volksmehr gescheitert

### *Tiefer Graben zwischen der Deutschschweiz und der Romandie*

*zz.* Die Schweiz nimmt nicht am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) in der bis jetzt ausgehandelten Form teil. Volk und Stände verwarfen die Vorlage am Wochenende bei einer *Stimmbeteiligung* von *78,3 Prozent,* der höchsten seit der Einführung der AHV im Jahre 1947. Ausschlaggebend für den negativen Entscheid war die überraschend massive Nein-Front in der Deutschschweiz, während die Westschweizer Kantone der Vorlage geschlossen zustimmten.

Äusserst knapp kam das *Volks-Nein* zustande: *1 786 121 (50,3 Prozent)* Stimmende sprachen sich gegen, *1 763 016 (49,7 Prozent)* für den EWR aus. Deutlicher verfehlte die Vorlage die notwendige Mehrheit der *Kantone:* vierzehn ganze und vier halbe Stände verwarfen sie, alle sechs Westschweizer Kantone sowie die beiden Basel nahmen sie an. Am deutlichsten sprachen sich die Deutschschweizer Bergkantone gegen den EWR aus: Uri verwarf mit 74,6 Prozent Nein-Stimmen, Schwyz mit 73,3, Obwalden mit 71,8, Appenzell Innerrhoden mit 70,9, Glarus mit 68,1, Graubünden mit 67,6 und Nidwalden mit 66,1. Die beiden grossen Kantone Zürich und Bern sagten mit 51,5 beziehungsweise 52,4 Prozent Nein.

Massiver als erwartet tat sich der *Graben zwischen Deutsch- und Westschweiz* auf: Neuenburg, Waadt, Genf, Jura, Freiburg und Wallis befürworteten eine EWR-Teilnahme der Schweiz mit Mehrheiten zwischen 80 und 65 Prozent. Das divergierende Stimmverhalten dies- und jenseits der Sprachgrenze trat auch in den zweisprachigen Kantonen Freiburg und Wallis zutage. Der Grenzkanton Tessin lag mit knapp 62 Prozent Nein im Mittelfeld der ablehnenden Kantone. Das Nein zum EWR hat nach Einschätzung von Politikern aus allen Lagern *folgenschwere Gräben* aufgerissen. Als gravierend wurde in ersten Reaktionen insbesondere die Kluft zwischen Deutsch- und Westschweiz bezeichnet. Während sich die drei grossen Bundesratsparteien FDP, CVP und SPS enttäuscht und besorgt zeigten, wertete die EWR-kritische SVP den Entscheid als «Bekenntnis zu einer eigenständigen politischen Entwicklung». Der *Bundesrat* bedauerte den negativen EWR-Entscheid von Volk und Ständen zutiefst. Jean-Pascal Delamuraz bezeichnete den Tag der EWR-Entscheidung als «schwarzen Sonntag». Die Wirtschaftsvertreter befürchten nach dem EWR-Nein eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit, eine Verlängerung der Rezession und eine markant sinkende Attraktivität des Standortes Schweiz. Die Wirtschaft müsse «schnell revitalisiert» und die Option eines EG-Beitrittes offengehalten werden, forderten zahlreiche Branchenvertreter am Sonntag abend.

Nach dem Nein der Schweiz kann der EWR nicht wie geplant am 1. Januar 1993 in Kraft treten. Gemäss Vertragstext müssen die 19 EWR-Vertragspartner von EG und EFTA nun an einer *diplomatischen Konferenz* das weitere Vorgehen beraten.

*(Seiten 9, 13, 14 und 15)*

### Keine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern im Kanton Zürich

# Im Kanton Zürich haben die Stimmberechtigten die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern mit 355 986 gegen 220 861 Stimmen zum viertenmal abgelehnt (Stimmbeteiligung 77,5 Prozent). In der Stadt Zürich ist die Übertragung der Mütter- und Väterberatung an das Sozialamt mit 112 611 Ja gegen 38 526 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 65 Prozent angenommen worden.

*(Seiten 23 und 25)*

*Knappe Verwerfung der Anträge zur Regierungsbildung*

## Sieg für Jelzin im Volksdeputiertenkongress

Präsident Jelzin ist am Wochenende im Volksdeputiertenkongress nur knapp einer schweren Niederlage entgangen. Vier Stimmen fehlten den Deputierten zum Mehr, mit dem ein Verfassungsartikel angenommen worden wäre, der dem Präsidenten das Recht auf die alleinige Regierungsbildung genommen hätte. Angenommen wurde hingegen ein Passus, der die Regierung gegenüber dem Kongress und dem Obersten Sowjet rechenschaftspflichtig macht.

*U. Sd. Moskau, 6. Dezember*

Die Zukunft des Landes stand auf dem Spiel, doch wie diese aussehen würde, erfuhr die Bevölkerung am Samstag lange Zeit nicht: Die Sitzung des russischen Volksdeputiertenkongresses, an der über die künftige Form der Regierungsbildung entschieden wurde, fand *hinter verschlossenen Türen* statt, und noch bis weit in den Nachmittag hinein hatte man sich, was die Abstimmungsresultate betraf, mit Meldungen «aus gewöhnlich vertrauenswürdigen Quellen» zu begnügen. Nachdem eine Reihe von Falschmeldungen für Verwirrung gesorgt hatten, wurde dann am Abend offiziell bekannt, dass Präsident Jelzin und seine Regierung nur äusserst knapp an einer für das Land möglicherweise verheerenden Niederlage vorbeigekommen sind: Dem Antrag zur Verfassungsänderung, welche dem Präsidenten das Recht auf die alleinige Regierungsbildung genommen hätte, fehlten am Schluss nur vier Stimmen zur in konstitutionellen Fragen notwendigen *Zweidrittelmehrheit.* Damit war der wichtigste Passus im vom Obersten Sowjet ausgearbeiteten Regierungsgesetz abgelehnt und die Gefahr einer Machtballung im Schosse der Legislative fürs erste abgewehrt.

#### Annullierte Abstimmung

Von den insgesamt neun Vorschlägen zur Verfassungsänderung, die am Samstag auf der Tagesordnung standen, betrafen sieben unmittelbar die Regierung. Drei Anträge erreichten die Zweidrittelmehrheit von 694 Stimmen: Artikel 110 der – in sowjetischer Zeit entstandenen – Verfassung gibt dem Ministerrat künftig das Recht auf *gesetzgeberische Initiative.* Artikel 122 besagt neu, dass der Ministerrat nicht mehr nur (wie bisher) dem Präsidenten, sondern auch dem Parlament und dem Volksdeputiertenkongress *Rechenschaft* über seine Arbeit geben muss. Artikel 121 Absatz 5 verpflichtet den Präsidenten, seine Vorschläge zur Einrichtung, Reorganisation und Auflösung von Ministerien, Staatskomitees und Wirtschaftsagenturen mit dem Obersten Sowjet abzusprechen. Drei Anträge zur Gewaltentrennung – unter ihnen der entscheidende zur Regierungsbildung – erreichten das notwendige Zweidrittelmehr nicht. Die Abstimmung über die Verfahrensregelung bei der Ernennung der zehn sogenannten Schlüsselposten in der Regierung wurde wegen einer fehlerhaften Formulierung auf dem Stimmzettel annulliert; sie soll in der kommenden Woche nachgeholt werden. Eine laut Tass überwältigende Mehrheit erhielt ein Antrag auf Einführung des Rechts auf *privaten Landbesitz* – wie aus parlamentarischen Kreisen zu vernehmen war, sind allerdings die freie Verfügbarkeit sowie der unbehinderte Kauf und Verkauf von Land weiterhin nicht gewährleistet. Ein Antrag zur Neuformulierung eines Passus betreffs des *Staatswappens* der Russischen Föderation wurde angelehnt.

Damit behält Jelzin grundsätzlich das, was ihm am wichtigsten war: das Recht auf die alleinige

## Heute in der NZZ


| | |
|---|---|
| Serbische Gebietsgewinne in Sarajewo | 2 |
| PLO zwischen Diplomatie und Rhetorik | 3 |
| Comeback-Versuch François Léotards | 4 |
| Wetter: Regen – was sonst? | 5 |
| Ordnungspolitischer Handlungsbedarf | 9 |
| Wenig zuversichtlicher ECE-Handelsbericht | 9 |
| Wachsende Marktzweifel am EMS | 11 |
| Nein zum EWR | 13, 14 |
| In- und ausländische Reaktionen zum EWR-Entscheid | 14, 15 |
| Kantonale und kommunale Urnengänge | 16, 17 |
| Literaturpreis der Stadt Zürich für Paul Nizon | 25 |
| «Little Nemo» – ein Musik-Bilder-Theater | 25 |
| Finalsieg der USA im Davis-Cup | 35 |
| Erneut skandinavischer Weltcup-Sieg | 36 |
| Die Grasshoppers verpassen Finalrunde | 37 |
| Risi/Betschart «Traumpaar» in Oerlikon | 39 |
| Der HC Lugano weiterhin auf Irrwegen | 41 |


## Ausland


**Anlaufen der Intervention in Somalia**
Die ersten Einheiten der vor der Küste Somalias stationierten amerikanischen Soldaten sollen laut dem Pentagon zu Beginn dieser Woche in der Hauptstadt Mogadiscio landen. Trotzdem bleiben viele Fragen zur Operation «Restore Hope» offen. 3

**Ausgedehnte Ölpest vor Galicien**
Die vom Öl der gestrandeten «Aegean Sea» verschmutzte Zone vor der nordspanischen Küste hat sich am Wochenende ausgedehnt. Die Regionalregierung erliess weitere Beschränkungen für die Fischerei. 7

Inhaltsübersicht und Anzeigenüberblick 2

# EWR-Nein von Volk und Ständen

## *Ablehnende Mehrheiten in fast allen Deutschschweizer Kantonen – überwältigendes Ja im Welschland*

Der EWR-Vertrag ist nach einem bewegten und bewegenden Abstimmungskampf von Volk und Ständen verworfen worden. Die Bedeutung des Entscheids und die mit der EWR-Vorlage verbundenen Emotionen führten zu einem seit 1947, dem Ja zur AHV, nicht mehr registrierten Grossaufmarsch zu den Urnen: *78,3 Prozent der Stimmberechtigten* nahmen an diesem 6. Dezember 1992 ihr Volksrecht wahr, was einen schon in der Sache aussergewöhnlichen Urnengang noch aussergewöhnlicher macht. Nüchtern, für die Befürworter ernüchternd präsentiert sich dagegen das Ergebnis: Äusserst knapp, mit einer ablehnenden Mehrheit von 50,3 Prozent sagte das Volk Nein, klar scheiterte die Vorlage am *Ständemehr,* lediglich in sechs Kantonen und zwei Halbkantonen überwogen die Ja-Stimmen. Und die Zahlen zeigen scharfe, *zu scharfe Konturen,* dem überwältigenden Ja der französischsprachigen Schweiz steht die Ablehnung in der Deutschschweiz und dem Tessin gegenüber; einzig die beiden Basel bildeten mit ihrer Zustimmung eine Brücke.

Betrachtet man den Ja-Stimmen-Anteil von Neuenburg (80 Prozent) auf der einen und den Nein-Stimmen-Anteil von Uri (74,5 Prozent) auf der andern Seite oder hält man sich das *kompromisslose Nein der Bergkantone* und das Aufbruchstimmung signalisierende, *beeindruckende Ja der Welschschweiz* vor Augen – dann ist Sorge über solch diametral unterschiedliche Beurteilungen ein und derselben Sache, des EWR nämlich, am Platz. Zu schnell und zu unbedacht sind allerdings in dieser Situation Worte wie «Staatskrise» oder «Auseinanderbrechen der Schweiz» zur Hand. Kein Zweifel: was sich vor und während der Abstimmung über die Beteiligung der Schweiz am Europäischen Wirtschaftsraum aufgetan hat, sind «Brüche» in den Werthaltungen – drastisch sichtbar an den zwischen Deutsch und Welsch auseinanderklaffenden Resultaten, aber ebenso sind sie *Realität in Deutschschweizer Kantonen,* etwa abzulesen an den knappen Ergebnissen in den grossen Ständen Zürich und Bern. Lediglich ein Zufallsmehr von 23 000 Stimmen trennt gesamtschweizerisch das Nein vom Ja, Hunderttausende in den grösseren Agglomerationen und wirtschaftlich starken Gebieten der Deutschschweiz und im Tessin wollten wie die französischsprachigen Schweizer den EWR: auch das sind Fakten dieses denkwürdigen, weil *zum Nachdenken verpflichtenden* Urnengangs.

Not tut eine sorgfältige Analyse der Frage, wie es zu diesem enttäuschenden und folgenschweren Nein kam. Vordergründig liegen zwar nach der rüden, teilweise mit unlauteren Methoden geführten Auseinandersetzung Erklärungsmuster parat. Die Furcht vor Überfremdung, vor einem Verlust der eigenen Identität, vor einer «Auflösung» der Schweiz in einem grossen «Block» zusammen mit einem tiefen Misstrauen gegenüber der «classe politique» liefern ebenso interpretatorische Anhaltspunkte wie die vielleicht trügerische, aber hartnäckig geschürte Hoffnung, allein im Wettbewerb auch künftig besser bestehen zu können. Doch das Auflisten solcher stark emotional geprägter «Gründe» für das Nein hilft allein nicht weiter, jedenfalls dann nicht, wenn sie mit intellektueller Überheblichkeit aufgetischt und dann beiseite geschoben werden. Denn das Nein aus Angst, das Irrationale des Entscheids verlangt in besonderem Masse nach *tiefergreifenden Analysen,* die *Wege zur Überwindung* lähmender Ungewissheit aufzeigen.

**Anteil Ja-Stimmen in Prozenten und Stimmbeteiligung**

| Kantone | EWR | Stimmbeteiligung |
|---|---|---|
| Zürich | 48,5 | 80,5 |
| Bern | 47,6 | 78,2 |
| Luzern | 39,3 | 80,9 |
| Uri | 25,5 | 78,4 |
| Schwyz | 26,7 | 83,2 |
| Obwalden | 28,2 | 81,8 |
| Nidwalden | 33,9 | 84,1 |
| Glarus | 32,0 | 79,7 |
| Zug | 43,9 | 87,2 |
| Freiburg | 64,9 | 76,4 |
| Solothurn | 42,6 | 84,3 |
| Basel-Stadt | 55,5 | 74,6 |
| Baselland | 53,2 | 80,1 |
| Schaffhausen | 38,6 | 85,5 |
| Appenzell A. Rh. | 36,8 | 82,0 |
| Appenzell I. Rh. | 29,1 | 84,7 |
| St. Gallen | 38,5 | 81,5 |
| Graubünden | 32,5 | 75,6 |
| Aargau | 40,0 | 76,2 |
| Thurgau | 36,4 | 80,2 |
| Tessin | 38,5 | 76,2 |
| Waadt | 78,4 | 72,7 |
| Wallis | 55,9 | 87,2 |
| Neuenburg | 80,0 | 74,8 |
| Genf | 78,2 | 74,1 |
| Jura | 77,2 | 75,6 |
| **Schweiz** | **49,7** | **78,3** |

Europa, es ist schon beinahe eine Binsenwahrheit, befindet sich nicht erst seit dem Zusammenbruch des Kommunismus, aber seither in verstärktem Masse, im Umbruch. Daraus entstehen wahrnehmbare äussere Umwälzungen und Unsicherheiten, aber eben auch innere «Brüche», *Veränderungen in Wertsystemen und Werthaltungen.* Was bleibt in Phasen ständiger Veränderung gültig, was bedarf der Bewahrung, was der Weiterentwicklung? Mit solchen Fragen ist auch die Schweiz und vielleicht gerade sie, die in der Vergangenheit erfolgreich den Ausgleich zwischen dem Bewahrenden und dem Fortschreitenden suchte, besonders konfrontiert. Bereits die 700-Jahr-Feiern haben es gezeigt, und die EWR-Debatte akzentuierte es: Die Antworten fallen in diesem Lande heute sehr unterschiedlich aus, und zwar beidseits auf Grund tiefer Überzeugungen. Zwischen zwei Elementen, die in unserer Geschichte immer eine wesentliche Rolle spielten, scheint sich ein Graben aufzutun: Zwischen der Weltoffenheit und der Tendenz, sich zurückzuziehen und seinen Weg allein zu suchen. Beides erwies sich je nach Situation immer wieder als richtig; heute sind die Meinungen darüber, was mit Blick auf die Zukunft zu tun sei, im Volk stark geteilt. Die *regionalen* Differenzen, abzulesen an den Ja-Stimmen-Anteilen, widerspiegeln dabei gewiss auch (aber nicht nur) den Einfluss verschiedener Erfahrungen, Traditionen und Mentalitäten in Zeiten der Unsicherheit.

Hat die Politik, haben Bundesrat, Parlament, die grossen Parteien, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, die ein Ja vertraten, versagt? War es der grosse Aufstand der «schweigenden» Mehrheit? Vieles, was in den letzten Jahren auf der politischen Bühne in Sachen europäischer Integration und in andern Bereichen geschah, war sicherlich nicht vertrauensfördernd; da gab es zu viele Umwege und Irrwege, und die Politik der Landesregierung war oft (und manchmal verständlich) geprägt von Ungewissheit. Die Äusserungen vieler Bürger im Abstimmungskampf vermittelten demnach Gefühle von Misstrauen gegenüber den «Regierenden». So ernst dieses Phänomen zu nehmen ist, so nötig ist auch in diesem Zusammenhang ein Hinweis auf das Ergebnis: Beinahe die Hälfte der Stimmenden hat ein Ja in die Urne gelegt, und viele von ihnen haben es trotz Zweifeln angesichts des komplexen Vertragswerkes getan, weil sie Politikern, Wirtschaftsführern und Gewerkschaftern vertrauten.

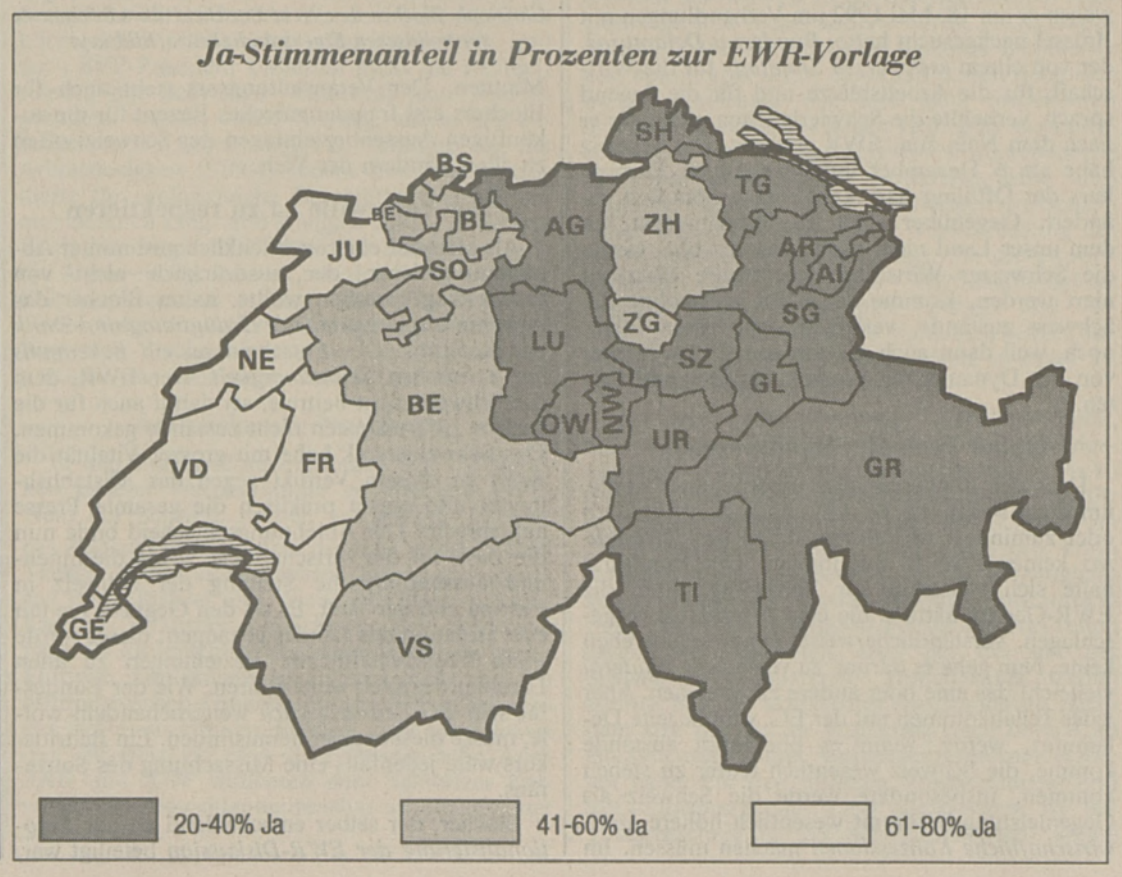
Gewiss, die Sieger sind bei der SVP, der Autopartei, den Schweizer Demokraten und dass Bern über eine «EG-Option» verfügt. Aber es wäre sicher falsch, sie nach diesem Abstimmungsergebnis forcieren und nach «Brüssel» drängen zu wollen. Die politische Glaubwürdigkeit von Schweizern am Verhandlungstisch wäre vorderhand sicher nicht gegeben. Anderseits ist der *Alleingang der Schweiz* in Europa nach diesem Abstimmungsresultat der Gegensätze keineswegs eine auf die Dauer verlässliche Option. Wie die Schweizer Rolle in der EFTA nach diesem EWR-Nein aussieht, ist ebenfalls höchst ungewiss. Ob sich die Einstellung des Schweizervolkes bei schlechter wirtschaftlicher Entwicklung der eigenen Lage ändern wird, bleibt abzuwarten. Dass eine grosse Mehrheit der Mitbürgerinnen und Mitbürger in der westlichen Landeshälfte, wo die Rezession kräftiger ist, zum Integrationsschritt EWR Ja gesagt hat, gehört als Tatsache zu den Ausgangspunkten der nächsten politischen Phase. Ob Brüssel der Schweiz wie den Dänen beim Maastrichter Vertrag eine angepasste Lösung anbieten kann, muss offenbleiben.

Erfolgreiches Handeln und die Überwindung einer helvetischen Neigung zu Mutlosigkeit und Resignation sind nur möglich, wenn das Land im Innern nach diesem zerfleischenden Urnengang wieder zu mehr Geschlossenheit und nach aussen zu einer *gemeinsamen Perspektive* findet. Die Debatte über unsern Platz und die schweizerische Rolle in einem weitgehend integrierten Europa hat eine wichtige Phase hinter sich. Aber sie ist mit dem Scheitern des EWR-Vertrages noch keineswegs definitiv ausgestanden. Zu den Einsichten, die sich aus den Erfahrungen mit der EWR-Debatte ergeben, gehört die Feststellung, dass die Landesregierung es zu lange an klarem Willen im Eintreten für das Vorhaben hat fehlen lassen. Aus dieser Schwäche, aus einer Art von schlechtem Gewissen kam es zunächst zu der unglücklichen inneren Verquickung von EWR-Vertrag und EG-Beitritt. Damit bot man den Integrationsgegnern eine Achillesferse. Die Verquickung wurde durch das Parlament zu spät wieder aufgebrochen. Überdies traten die Wirtschaftsexponenten besonders in der deutschen Schweiz erst mit erheblicher Verspätung energisch für den EWR-Vertrag ein, der als Weiterentwicklung der alten Freihandelspolitik im Gesamtinteresse des Landes gelegen hätte.

Auch aus solchen Schwächen im gemeinsamen politischen Vorgehen wollen Lehren gezogen sein, wenn wir das unerledigte Thema des schweizerischen Verhältnisses zum integrierten Europa zukünftig mit mehr politischem Erfolg angehen wollen. Auf den sachlichen Beitrag der Gegner des EWR-Vertrages zum weiteren Vorgehen wartet man gespannt. Besser als der EWR-Vertrag werden Lösungen, woher immer sie kommen, kaum sein.

*Bü.*

*Ja-Stimmenanteil in Prozenten zur EWR-Vorlage*




## Inland

**Schweizer Souverän sagt Nein zum EWR**
Mit deutlichem Ständemehr und einer hauchdünnen Differenz von rund 23 000 Stimmen hat der Souverän am Wochenende den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum bei der höchsten Stimmbeteiligung seit 45 Jahren abgelehnt. **13, 14**

**Reaktionen zum EWR-Entscheid**
Das Nein des Schweizer Souveräns hat nach Einschätzung von Politikern aus allen Lagern folgenschwere Gräben aufgerissen und die Kluft zwischen Deutsch- und Westschweiz massiv verbreitert. Bundesrat Delamuraz sprach von einem «schwarzen Sonntag», und die Wirtschaftsvertreter befürchten nach dem Nein eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit und eine markant sinkende Attraktivität des Standortes Schweiz. **14, 15, 17**

**Umstrittene Feuerwehrpflicht der Frauen**
Während die Stimmbürgerschaft des Kantons Basel-Stadt am Wochenende die Feuerwehrpflicht für die Frauen klar guthiess, scheiterte das gleiche Vorhaben im Kanton Solothurn, obwohl der heutige Zustand gemäss Bundesgericht und kantonalem Steuergericht verfassungswidrig ist. **16**

## Feuilleton

**Arthur Kopits «Road to Nirvana» in München**
Dieter Dorn hat in den Münchner Kammerspielen Kopits neues Stück inszeniert, in dem einmal mehr gezeigt wird, dass der amerikanische Traum heute der Albtraum der Vermarktung ist. Nirvana, die Titelfigur, erinnert deutlich an Madonna. Das mehr als seichte Stück retten einzig die Schauspieler. **19**

**Hommage à Mathias Goerlitz in Berlin**
Die Berliner Akademie der Künste ehrt einen Emigranten, dessen Kunst in Deutschland nur mehr wenigen bekannt ist. International wurde Mathias Goerlitz (1915 bis 1990) durch sein Experimentalmuseum «El Eco» in Mexico City schlagartig berühmt. Goerlitz schuf eine sozial engagierte monumentale Kunst im städtischen Raum. **20**

der Lega zu suchen – die Grünen, obwohl ebenfalls für ein Nein eingetreten, stehen da wohl im Abseits. Doch was die Sieger anzubieten haben, ist nebulös. Sie haben jetzt, was sie wollten, aber *was wollten sie eigentlich?* Mit dem Stil, wenn man das überhaupt noch Stil nennen kann, wie sie die Auseinandersetzung führten, und mit dem Resultat haben sie eine grosse Verantwortung auf sich geladen, denn die Risiken eines Alleingangs könnten nun zur quälenden Realität werden. Ob sie diese Verantwortung auch übernehmen werden, ist ungewiss. Es gehört nämlich zu den bitteren Erfahrungen dieses Urnengangs, dass die führenden Gegner des EWR propagandistisch gekonnt, aber wenig vertrauenerweckend agierten. Es werden vermutlich andere, von Blocher und Co. geschmähte Angehörige der «classe politique» sein, die unser Land aus der schwierigen innen- und aussenpolitischen Situation herausführen müssen. Es bleibt an diesem wenig hoffnungsvollen Tag das Vertrauen in die oft *bewiesene regenerierende Kraft* von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in diesem Land.

*th.*

*Aus der Nachbarschaft*

## Liechtensteins Fürst für autonomen Entscheid

*G. M. Vaduz, 6. Dezember*

Obwohl im bisherigen Abstimmungskampf im Fürstentum Liechtenstein der *gemeinsame Weg mit der Schweiz* als zentrales Argument für die Entscheidung am kommenden Wochenende angeführt wurde, will die *Regierung* von ihrer *Ja-Empfehlung* für den Beitritt Liechtensteins zum EWR nicht abrücken. Auch *Fürst Hans-Adam II.* sprach sich für eine unabhängige Entscheidung Liechtensteins aus. Er wandte sich gegen die Herausgabe einer Nein-Parole, weil nach seiner Auffassung der EWR, unabhängig von der Schweiz, für Liechtenstein *die beste aller diskutierten Integrationsvarianten* darstellt.

### Die Ergebnisse der eidgenössischen Abstimmung

| | EWR | |
|---|---|---|
| **Kantone** | **Ja** | **Nein** |
| Zürich | 297 503 | 316 154 |
| Bern | 255 224 | 281 024 |
| Luzern | 70 878 | 109 447 |
| Uri | 5 004 | 14 667 |
| Schwyz | 17 094 | 46 962 |
| Obwalden | 4 737 | 12 062 |
| Nidwalden | 6 957 | 13 590 |
| Glarus | 6 290 | 13 398 |
| Zug | 22 037 | 28 239 |
| Freiburg | 72 101 | 39 017 |
| Solothurn | 56 554 | 76 233 |
| Basel-Stadt | 52 519 | 42 226 |
| Baselland | 68 001 | 59 872 |
| Schaffhausen | 15 810 | 25 249 |
| Appenzell A. Rh. | 10 612 | 18 278 |
| Appenzell I. Rh. | 2 397 | 5 854 |
| St. Gallen | 86 247 | 138 103 |
| Graubünden | 29 821 | 62 115 |
| Aargau | 101 582 | 152 769 |
| Thurgau | 38 718 | 67 876 |
| Tessin | 53 488 | 85 582 |
| Waadt | 203 168 | 56 288 |
| Wallis | 82 997 | 65 636 |
| Neuenburg | 61 466 | 15 408 |
| Genf | 114 513 | 31 985 |
| Jura | 27 298 | 8 087 |
| **Schweiz** | **1 763 016** | **1 786 121** |
| **Stadt Zürich** | | |
| Kreis 1 | 2 886 | 1 447 |
| 2 | 8 398 | 6 830 |
| 3 | 9 701 | 9 442 |
| 4 | 4 263 | 4 191 |
| 5 | 1 740 | 1 398 |
| 6 | 8 611 | 6 685 |
| 7 | 11 713 | 7 098 |
| 8 | 4 511 | 2 818 |
| 9 | 10 417 | 11 711 |
| 10 | 9 828 | 8 225 |
| 11 | 11 595 | 13 301 |
| 12 | 5 054 | 7 536 |
| **Total Stadt** | **88 717** | **80 682** |
| **Bezirke** | | |
| Zürich | 88 717 | 80 682 |
| Affoltern | 9 389 | 10 914 |
| Horgen | 28 657 | 29 082 |
| Meilen | 24 924 | 22 765 |
| Hinwil | 14 695 | 23 122 |
| Uster | 26 184 | 25 052 |
| Pfäffikon | 11 063 | 14 447 |
| Winterthur | 33 661 | 35 115 |
| Andelfingen | 5 020 | 9 661 |
| Bülach | 24 376 | 29 012 |
| Dielsdorf | 13 427 | 17 756 |
| Dietikon | 17 390 | 18 546 |
| **Kanton Zürich** | **297 503** | **316 154** |

# Frustration unter der Bundeskuppel

## *Bundesrat Delamuraz spricht von «schwarzem Sonntag»*



*Der Bundesrat bedauerte das Nein des Souveräns zum EWR zutiefst. (Bild Ed. Rieben)*

*lts. Bern, 6. Dezember*

Nachdem die Ergebnisse aus dem Kanton Aargau das *doppelte Nein von Volk und Ständen zum EWR* bestätigt hatten, wandten sich die sichtlich enttäuschten Bundesräte Felber, Delamuraz und Koller an die durch zahlreiche ausländische Berichterstatter verstärkten Medien. Der Bundesrat, erklärte Präsident Felber, bedauert, «dass die Schweiz auf die zahlreichen Möglichkeiten zur Öffnung und zur Entwicklung, die der EWR geschaffen hätte, verzichtet und mit ihrer politischen Tradition der Annäherung an Europa bricht».

### Zusammenhalt und Konsens

*Felber* und seine Kollegen appellierten an die Gegner und Anhänger des EWR, ihre Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, sich gegenseitig in den unterschiedlichen Auffassungen und Empfindungen zu akzeptieren, um so die Verschiedenheit zur Stärke und zum Reichtum zu machen. Seit 1848, gab Felber zu bedenken, «sind es der innere Zusammenhalt und der Konsens, die es der Schweiz erlaubt haben, das zu werden, was sie heute ist». Von diesen beiden wesentlichen Werten müsse sie sich auch in Zukunft leiten lassen. Felber bestätigte aber den *tiefen Bruch* zwischen den Behörden in Bund und Kantonen sowie den Wirtschaftsverbänden einerseits und dem Volk andererseits. Und auch der *Graben zwischen Welsch und Deutsch* gebe zu Besorgnis Anlass. Bundesrat Koller, der sich voll für den EWR engagiert hatte, zeigte Verständnis für die tiefe Frustration in der Westschweiz. Die Schweiz bilde aber eine Schicksalsgemeinschaft, die, gab er seiner Überzeugung Ausdruck, auch nach dieser Enttäuschung nicht auseinanderfallen werde. Felber erinnerte seine welschen Miteidgenossen an die Tatsache, dass schliesslich auch sehr viele Deutschschweizer für den EWR gestimmt hätten und vom negativen Ergebnis tief enttäuscht seien.

### Optionen offenhalten

Der Bundesrat werde zunächst einmal mit den Parteien, Kantonen und den zuständigen parlamentarischen Kommissionen eine *Standortbestimmung* vornehmen, teilte Felber mit. In der *Aussenpolitik* will der Bundesrat mit allen Ländern Europas Kontakte knüpfen, «um das Vertrauen wiederherzustellen». Die Landesregierung halte es für absolut notwendig, sich alle *Optionen offenzuhalten,* wobei Felber daran erinnerte, dass diese nicht allein von der Schweiz, sondern auch von ihren Partnern abhängen. Zu diesen – auf Zusehen hin – eher noch unwahrscheinlicher gewordenen Optionen zählt auch der EG-Beitritt, den sich der Bundesrat als Ziel gesetzt und dessentwegen er am 18. Mai 1992 um Verhandlungen mit Brüssel nachgesucht hatte. *Bundesrat Delamuraz,* der von einem *«schwarzen Sonntag»* für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze und für die Jugend sprach, verhehlte die Schwierigkeiten nicht, die er nach dem Nein zum EWR erwartet. Die Schweiz habe am 6. Dezember ihren bisherigen Europakurs der Öffnung und Annäherung komplett geändert. Gegenüber dem EG-Binnenmarkt, an dem unser Land nicht partizipieren wolle, werde die Schweizer Wirtschaft schrittweise diskriminiert werden. Komme der EWR auch ohne die Schweiz zustande, verstärke sich dieser Effekt noch, weil dann auch die übrigen EFTA-Partner von der Dynamik des grossen Marktes profitierten.

### Hoher Preis für Teilabkommen

Dass der Bundesrat alles unternehmen werde, um diese negativen Auswirkungen zu verhindern oder zumindest zu mildern, daran liess *Delamuraz* keinen Zweifel aufkommen. Der Bundesrat halte sich weiterhin zur Verfügung, denn die EWR-Gegner hätte ja nie eine Alternative vorgeschlagen. Verständlicherweise, denn es gebe eben keine. Nun gehe es darum, zu versuchen, *bilateral* vielleicht das eine oder andere zu erreichen. Aber jedes Teilabkommen mit der EG, prophezeite Delamuraz, werde, wenn es überhaupt zustande komme, die Schweiz wesentlich teurer zu stehen kommen. Insbesondere werde die Schweiz als Gegenleistung bestimmt wesentlich höhere *landwirtschaftliche Konzessionen* machen müssen. Im Innern stellte der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes den raschen Beginn des *Revitalisationsprogrammes* in Aussicht, um die Wettbewerbsbedingungen zu verbessern. Erhalten bleiben müssten aber die sozialen und ökologischen Errungenschaften. Der eigenständigen Aufwertung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, so nötig sie auch sei, fehle indessen die Wohltat der Reziprozität, wie sie der EWR garantiert hätte.

### Dennoch Eurolex?

Das Nein zum EWR, bestätigte *Bundesrat Koller,* ändere nichts am bestehenden Freihandelsvertrag und an den übrigen Verträgen mit der Europäischen Gemeinschaft. Ob und wieweit sich nach einem Zustandekommen des Europäischen Wirtschaftsraumes Änderungen aufdrängten, könne noch nicht gesagt werden. Rechtspolitisch werde der Bundesrat aber an der Überprüfung neuer Gesetzesvorlagen auf ihre Vereinbarkeit mit dem europäischen Recht festhalten. «Anstehende rechtspolitische Postulate wie die Realisierung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Einführung der Produktehaftpflicht und die Regelung des Konsumkredits, die in Eurolex erhalten waren, werden wir den eidgenössischen Räten im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unterbreiten.»

## Höchste Stimmbeteiligung seit 1947

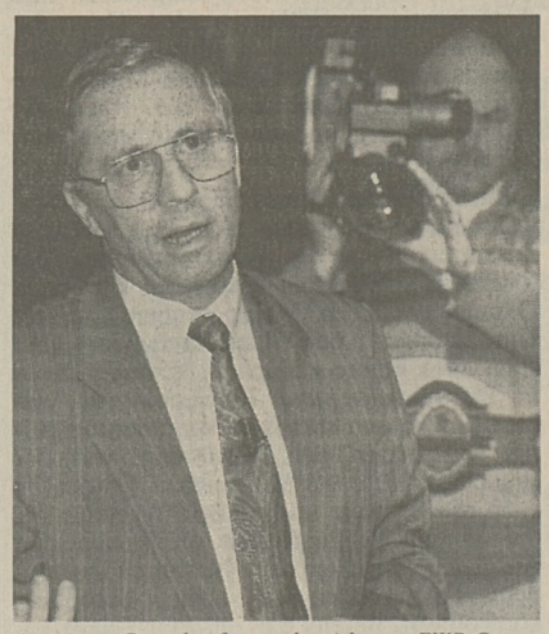
*C. W.* Die Stimmbeteiligung von 78,3 Prozent ragt nicht nur weit aus dem Durchschnitt der letzten Jahrzehnte heraus, sondern gehört auch im weiteren Rückblick zu den besonders hohen Quoten. Seit 1879, seit gesamtschweizerische Zahlen vorliegen, stimmten insgesamt 13mal mindestens drei Viertel der Berechtigten über eidgenössische Vorlagen ab, *sechsmal* lag der Prozentsatz *höher* als beim EWR-Entscheid. Der Rekord wurde am 3. Dezember 1922 mit *86,3 Prozent* erreicht, als die sozialdemokratische Initiative für eine einmalige *Vermögensabgabe* mit einer Mehrheit von 87 Prozent verworfen wurde. Noch bei mehreren anderen Urnengängen in den dreissiger Jahren war die Beteiligung sehr hoch.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die höchste Rate – 79,7 Prozent – am *6. Juli 1947* verzeichnet, als es um die neuen Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung und um das *AHV-Gesetz* ging – aussergewöhnlich war auch die Vierfünftelmehrheit, mit der die sozialpolitische Vorlage angenommen wurde. Die Frage des Beitritts zum *Völkerbund* mobilisierte 1920 77,5 Prozent der Stimmberechtigten (mit positivem Resultat), die der Uno-Mitgliedschaft 1986 noch 50,7 Prozent (drei Viertel davon votierten Nein). Der recht knappe Entscheid gegen die Überfremdungsinitiative von 1970 wurde von 74,1 Prozent der Stimmbürger gefällt. In den letzten Jahren lag die Beteiligung in der Regel unter 50 Prozent; eine deutliche Ausnahme war die Armee-Abstimmung vom 26. November 1986 mit einer Partizipation von rund 69 Prozent.

# Erste Stellungnahme Christoph Blochers

## *Der die Emotionen rief . . .*

*fre.* «Nationalrat Christoph Blocher hat von inländischen und ausländischen Journalisten eine derartige Fülle von Stellungnahmen am Abstimmungssonntag erhalten, dass er sich gezwungen sieht, eine Pressekonferenz durchzuführen.» So die Einladung, und die Pressekonferenz fand dann auch um 17 Uhr in Zürich statt, sinnigerweise im *Swissôtel International*, und dauerte 35 Minuten. Der Veranstaltungsort steht auch für Blochers erst fragmentarisches Rezept für die zukünftigen Aussenbeziehungen der Schweiz: offen zu allen Ländern der Welt.



*An einer Pressekonferenz bezeichnete EWR-Gegner Christoph Blocher den Nein-Entscheid als «Bekenntnis zur politischen Eigenständigkeit». (Bild key)*

### Der Volkswille ist zu respektieren

Als offenbar eher nachdenklich gestimmter Abstimmungssieger, der ausdrücklich nicht von einem Sieg sprechen wollte, nahm Blocher das Abstimmungsergebnis mit *Genugtuung und Dank* zur Kenntnis. Der Entscheid sei ein *Bekenntnis zur politischen Selbständigkeit.* Der EWR, dem die Schweiz nicht beitrete, sei damit auch für die andern EFTA-Staaten nicht zustande gekommen. Das Schweizervolk habe mit grosser Vitalität die Kraft zu diesem Verdikt gegen das «Establishment» und gegen praktisch die gesamte Presse aufgebracht. Der Ablehnungsentscheid bilde nun die Basis für die wirtschaftliche sowie die innen- und aussenpolitische Stellung der Schweiz in Europa und der Welt. Es sei den Gegnern nie um eine Isolation des Landes gegangen; dieses werde seine freundschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern der Welt weiterführen. Wie der Bundesrat sein *EG-Beitrittsgesuch* weiterbehandeln wolle, müsse dieser selber herausfinden. Ein Beitrittskurs wäre jedenfalls eine Missachtung des Souveräns.

Blocher, der selber entscheidend an der *Emotionalisierung der EWR-Diskussion* beteiligt war, sind offenbar die Geister, die er damit heraufbeschwor, nicht mehr ganz geheuer: «Der Abstimmungskampf hat teilweise hohe emotionale Wellen geworfen und blieb auch nicht frei von persönlichen Diffamierungen. Jetzt ist nicht der Zeitpunkt, darüber zu sprechen. Früher oder später ist aber zu dieser bedauerlichen Tatsache noch ein Rückblick notwendig.» Im gegenwärtigen «gereizten Klima» wollte er deshalb auch keinen Kommentar zum innen- und aussenpolitischen Kurs der Schweiz abgeben. «Die Zukunft der Schweiz hängt nach wie vor weitgehend von unseren eigenen Anstrengungen und Leistungen ab.» Und mit dem Satz «Nichts wäre schädlicher, als die Ursachen von zukünftigen Schwierigkeiten und Misserfolgen dem Abstimmungsentscheid anzulasten», antizipierte Blocher auch bereits mögliche Vorwürfe aus der Wirtschaftsentwicklung der nächsten Jahre, die er bis 1995 durch die gegenwärtige Rezession geprägt sieht. «Nicht eine Firma wird wegen des EWR ihre Produktion ins Ausland verlegen.»

Nicht ausschliessen wollte Blocher, dass einzelne Teile des *«Eurolex-Paketes»* trotzdem verwirklicht würden. Aber das hätte im ordentlichen Verfahren, mit normaler Vernehmlassungsfrist, zu geschehen. Alles andere wäre eine Missachtung des Abstimmungsergebnisses. Er sei überzeugt, dass die Schweiz auch schwierige Zukunftsprobleme meistern werde.

### Sibyllinisches zur eigenen politischen Zukunft

Was das Vertrauen angehe, sei es Aufgabe der Behörden, dafür zu sorgen. Was seine *eigene Rolle* dabei sein wird, blieb an der Pressekonferenz offen. Blocher, an dem mit dem grünen SVP-Signet versehenen Rednerpult, äusserte sich ausweichend zur Frage einer Tessiner Journalistin, ob er an die Bildung einer schweizerischen Volksbewegung in der Art der Tessiner Lega denke, und fügte bei: «Ich werde in Zukunft meine Aufgaben so wahrnehmen, wie sie mir gegeben werden.» Die «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz», die im Zusammenhang mit der seinerzeitigen Uno-Abstimmung gegründet wurde und einen grossen Zulauf, in letzter Zeit auch aus der französischen Schweiz, verzeichne, werde weiterbestehen. Sie habe heute schon mindestens 14 000 Mitglieder.

Das eklatant unterschiedliche Abstimmungsverhalten zwischen der *deutschen* und der *französischen* Schweiz erklärte Blocher damit, dass in der Romandie, wo die Presse noch einseitiger als diesseits der Saane orientiert habe, nach seinen persönlichen Erfahrungen immer nur abstrakt über Europa und nicht über den konkreten EWR-Vertrag diskutiert worden sei. Zudem sei das Verhältnis der Westschweizer zu Frankreich ein anderes als das der Deutschschweizer zu Deutschland. Und endlich dürfe man nicht vergessen, dass die Schweiz aus vier Sprachgruppen bestehe. Drei davon, und nicht nur eine, hätten den Vertrag abgelehnt. De Gaulles *«Europe des Patries»* wäre eine Konzeption, der sich auch Blocher anschliessen würde, aber nicht den Brüsseler Vorstellungen.

# Enttäuschung über den Isolationskurs in Brüssel

## *Keine bilaterale EWR-Annäherung*

*rt. Brüssel, 6. Dezember*

Der für die EG-Aussenbeziehungen zuständige Vizepräsident der EG-Kommission, *Frans Andriessen,* hat am Sonntag in Brüssel seine grosse Enttäuschung über das Votum in der Schweiz ausgedrückt. Dies sei besonders bedauerlich, da es sich bei den Verhandlungen um ein extrem schwieriges Unterfangen mit hohem Engagement auf beiden Seiten gehandelt habe. Er respektiere den Willen einer *authentischen Demokratie.* Die Schweiz müsse sich aber im klaren darüber sein, dass sie sich innerhalb der europäischen Konstruktion *isoliere.* Dem EWR komme im Aufbau des neuen Europa nach wie vor eine Schlüsselrolle zu. Denn für die anderen EFTA-Staaten bleibe der Vertrag, der nun anzupassen ist, intakt. Die Schweiz könne nicht auf eine bilaterale Annäherung zur EG auf der Basis des EWR-Vertrags hoffen.

### Kein formeller Zusammenhang mit dem EG-Beitritt

Auf das *Beitrittsgesuch* Berns angesprochen, verneinte er einen formellen Zusammenhang zwischen der Beitrittsabsicht eines Landes und dem EWR-Vertrag. Man könne sich zwar auch in Brüssel vorstellen, dass die Schweizer Regierung nun eine neue Lagebeurteilung vornehme. Die EG-Kommission habe vorläufig aber keinen Anlass, ihre Arbeiten am Avis einzustellen. Durch das Nein ändere sich auch am Erweiterungsfahrplan der EG nichts. Ohne formellen Beschluss am EG-Gipfel in Edinburg – und entgegen Stimmen aus einzelnen EG-Ländern – hätten immer noch die Grundsätze Gültigkeit, die in Lissabon festgelegt worden seien: Erst nach der Maastricht-Ratifizierung und nach der Verabschiedung des Delors-II-Pakets könne mit den Beitrittsgesprächen begonnen werden.

Die Konsequenzen des schweizerischen Neins sind gemäss Andriessen weniger in der EG als vielmehr im *EFTA-Lager* zu prüfen. Zwar müssten alle Vertragsparteien nun das Abkommen redaktionell und inhaltlich durchkämmen. Dies sollte so schnell wie möglich geschehen. Aber es sei Aufgabe der EFTA, ihre durch den Ausfall eines Mitglieds entstandenen internen Probleme zu lösen. Er nahm damit in erster Linie bezug auf den sogenannten *EFTA-Pfeiler,* der eigens zur Stützung des EWR aufgebaut worden sei. Bezüglich des im Abkommen vereinbarten Kohäsionsfonds, den die Schweiz mit einem Anteil von 27 Prozent hätte mitfinanzieren sollen, müsse mit den betroffenen vier EG-Ländern Rücksprache genommen werden. Gelegenheit dazu bietet sich schon am Montag anlässlich des EG-Aussenministerrats in Brüssel.

### Wachsender Druck auf die Schweiz

Auch der Präsident des Europäischen Parlaments, *Egon Klepsch,* hat den Entscheid von Volk und Ständen tief bedauert. Sein Bedauern sei um so grösser, als sich die Schweizer erst im Oktober für das Projekt der Neat (das vom Nein nicht betroffen ist) ausgesprochen und National- und Ständerat sowie das Europäische Parlament voll hinter dem EWR-Vorhaben gestanden hätten. Da Klepsch davon ausgeht, dass der EWR-Vertrag verwirklicht wird, erwartet er einen *wachsenden Druck auf die Schweiz,* ein neues Referendum abzuhalten. Klepsch, der die Schweiz bestens kennt, kann sich nicht vorstellen, dass ein im Herzen Europas gelegenes Land dauerhaft von der Neugestaltung des Kontinents ausgeschlossen bleiben wolle.

* * *

Das Votum des Souveräns ist aus der Sicht der EG eine Absage an die wirtschaftliche und politische Öffnung der Schweiz. Statt dessen ist ein in Europa *einmaliges Inselbewusstsein* zum Ausdruck gekommen. Das heisst, dass kein Volkswille zur Annäherung an die EG besteht. Da diese Annäherung über den Binnenmarkt hätte erfolgen sollen, wird die Ablehnung in Brüssel konsequenterweise als *Nein zum Binnenmarktprojekt* aufgefasst. Die Schweiz verzichtet mithin auf das entsprechende Deregulierungs- und Stimulierungsprogramm, das ab nächstem Jahr auf die EFTA-Partner der Schweiz ausgedehnt werden wird. Auch durch die Abgrenzung gegenüber diesen EFTA-Ländern wird der gewählte Isolationskurs verdeutlicht.

Diese Distanzierung von Brüssel muss auch *unmittelbare Folgen* für die Antwort der EG-Kommission auf das Beitrittsgesuch der Schweiz haben, den *sogenannten Avis.* Dieser Bescheid wäre bei einer Zustimmung mit Sicherheit sehr schmeichelhaft ausgefallen. Aber die Tatsache, dass der Antragsteller am 6. Dezember 80% der Materie verworfen hat, um die es beim Beitritt insgesamt geht, kann nicht ohne Einfluss auf das Gesamturteil bleiben. Denn wie kann Brüssel einem Land Beitrittsfähigkeit attestieren, das gerade seinen Willen zur Absonderung zum Ausdruck gebracht hat? Und wie können Brüssel und Bern über die Beitrittsmaterie verhandeln, wenn das *Herzstück* davon soeben bachab geschickt worden ist? Eine Stellungnahme aus Bern zum Integrationskurs an die Adresse der EG-Mitgliedstaaten ist also zur politischen Klärung notwendig.

Im Gegensatz zu Dänemark, das den Maastrichter Vertrag endgültig torpedieren oder noch retten kann, hängt das Schicksal des *Europäischen Wirtschaftsraums* erklärtermassen nicht von der Schweiz ab. Die anderen Vertragspartner werden – gegebenenfalls auch ohne Liechtenstein – die *Konvention anpassen* und *in Kraft setzen.* Es wird von der Grösse des politischen Willens der verbleibenden EWR-Staaten abhängen, wie viel Zeit diese Anpassungen erfordern. Klarheit darüber wird eine diplomatische Konferenz der EWR-Länder geben. Dieses Prozedere ist im EWR-Vertrag vorgesehen.

Erst an dieser Konferenz wird sich zeigen, ob sich die EWR-Länder mit *marginalen Anpassungen* zufriedengeben oder auf *grundsätzlichen Vertragsänderungen* bestehen. Im ersten Fall kann dem Wegfall der Schweiz durch redaktionelle Korrekturen und durch eine Neuberechnung der Anteile am EWR-Kohäsionsfonds Rechnung getragen werden. Der zweite Fall tritt dann ein, wenn einzelne EG-Länder beispielsweise argumentieren, dass der Vertrag nur wegen der Schweiz oder wegen des EFTA-Pfeilers institutionell so schwierig konzipiert worden sei, und deswegen eine Vereinfachung der Konsultations- und Entscheidmechanismen verlangen. Der Diskussionsbeitrag der Schweiz, die ab nächstem Jahr den *EFTA-Vorsitz* übernehmen wird, dürfte in dieser Angelegenheit nicht mehr gefragt sein.

# Bitterkeit und Besonnenheit im Welschland

*rfr. Lausanne, 6. Dezember*

Wo man im Welschland am Sonntag nachmittag hinhörte, vernahm man zunächst einmal eine *grosse Enttäuschung* darüber, dass der Schritt in den EWR nicht gelungen ist, und *Verärgerung* darüber, dass das Nein der welschen Schweiz von der Deutschschweiz aufgezwungen wurde. Aber gewöhnlich folgte rasch auch die Bemerkung, dass einer ersten emotionalen Reaktion eine *vertiefte Analyse* und die Suche nach Lösungen folgen müssen. 24 Stunden, sagte ein Gesprächspartner, hätten die Parteien nach einem Gerichtsurteil Zeit, gehörig über die Richter zu schimpfen, dann müsse man zur Sache und zur Tagesordnung übergehen.

Selbstverständlich kann niemand darüber hinweg sehen, dass kaum jemals zuvor sich Abstimmungsergebnisse so konsequent *den Sprachgrenzen entlang geschieden* haben. Auch in den zweisprachigen Kantonen haben die deutschen Gebiete abgelehnt, doch gaben die Ja-Mehrheiten in den welschen Kantonsteilen sowohl im Wallis als auch im Kanton Freiburg schliesslich den Ausschlag. Das *Zusammenleben der Sprachregionen* ist in neuer Weise zum Problem geworden.

Das Abstimmungsergebnis wird auch in weitere Zusammenhänge gestellt. Es wird daran erinnert, dass eine *grössere Offenheit der Welschen bei internationalen Themen* zu den traditionellen Unterschieden in diesem Land gehören. Oder es wird – tröstend – an den Weg erinnert, den die Schweiz in ihrem Verhältnis zu Europa in wenigen Jahren zurückgelegt habe; man müsse sich nur vorzustellen versuchen, wie eine Abstimmung über die gleiche Frage vor fünf oder sechs Jahren ausgefallen wäre. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass die Westschweizer Kantone zumindest versuchen können, die Möglichkeiten *grenzüberschreitender Zusammenarbeit* noch vermehrt auszuschöpfen.

### Vorerst Analyse und Reflexion nötig

Das erste, was *François Gross* – früher Chefredaktor der Freiburger «Liberté», dann Korrespondent in der Deutschschweiz, nun Chefredaktor von Radio Schweiz International – in unserem Gespräch zum Abstimmungsresultat einfällt, ist, dass man nun die Nähte, die geplatzt sind, wieder *zusammennähen* müsse. Vor allem müssen man alles vermeiden, was die Wunden vertiefe. Er hofft auf die traditionellen *Brückenkantone,* wie Freiburg und Wallis ihre Rolle spielen. Er verweist darauf, dass die Behörden (alle Kantonsregierungen plädierten für ein Ja), die Medien, die Wirtschaft, schlicht das ganze *politische Establishment dasavouiert* wurde. Etwas Glück im Unglück habe die Schweiz zumindest insofern, als sich auch Europa weiterentwickle und so unser Land es schon beim nächsten Mal mit einem anderen Europa zu tun habe.

Der Historiker *Pierre du Bois,* der an der Genfer und Neuenburger Universität über europäische Integration liest, möchte dem Volksentscheid den Geruch der «Katastrophe» etwas nehmen. Durch die Geschichte habe sich immer wieder gezeigt, dass es Elemente gebe, welche die Deutschschweizer und die Welschen *unterscheiden,* und solche, die sie *verbinden.* Zu den trennenden Faktoren gehöre eben das Verhältnis zu internationalen Themen; auch gegenüber dem Völkerbund waren die Ansichten verschieden, nur vermochte damals die Romandie den Ausschlag für ein Ja zu geben. Angesichts des 50-zu-50 Prozent-Verhältnisses darf man seines Erachtens das Ergebnis seinem Gehalt nach auch nicht dramatisieren.

Für den Waadtländer Staatsrat *Philippe Pidoux* gehört es zu den elementaren politischen Spielregeln, dass man manchmal verliert und manchmal gewinnt und dass man das Volk nicht auswechseln kann. Der ungewohnte kompakte Gegensatz zwischen der alemannischen und der lateinischen Schweiz ist auch für ihn frappant, auch wenn er immerhin die Ausnahmen *Basel und Tessin* hervorhebt. Im Grunde sei der Ausgang der Abstimmung einfach die Bestätigung, dass es zwei Arten, Schweizer zu sein, gebe, eine Herausforderung, die es immer wieder anzunehmen gelte. In ähnlicher Weise reagierte der Walliser Staatsratspräsident, *Hans Wyer,* daran gewöhnt, dass der obere und der untere Teil seines Kantons nicht gleicher Meinung sind. Auch er meint, kaum jemals einen so kompakten Gegensatz zwischen den Sprachregionen gesehen zu haben, den er sich in nicht geringem Mass mit dem unterschiedlichen Verhältnis zu den jeweiligen Nachbarländern erklärt. Indessen glaubt er nicht an eine Staatskrise, wohl aber an die Notwendigkeit einer umfassenden Lagebeurteilung.

### Genfer Reaktionen

Etwas schärfer sind die Reaktionen im allgemeinen in Genf. *Guy Fontanet,* Präsident des Genfer Pro-EWR-Komitees, ist «enttäuscht und beunruhigt». Er betont vor allem, dass es sich bei dieser Abstimmung um eine wirklich entscheidende Frage gehandelt habe und folglich auch die Konsequenzen ernster seien als etwa bei der Abstimmung über die Sicherheitsgurten. Er denkt daran, dass die welsche Schweiz bisher von der Rezession viel stärker getroffen wurde und in dieser Situation die Solidarität über die Saane hinweg um so mehr vermisse. *Lise Girardin* ist aufgewühlt; man sei aufs tiefste verbittert, meint sie, plädiert allerdings auch dafür, am Ende ruhiges Blut zu bewahren. Die Welschen müssten versuchen, die andere Haltung der Deutschschweizer zu verstehen, wozu man aber auch über die nötigen *Kommunikationskanäle* verfügen müsste. Sie verweist auf die seinerzeitige Trennung der Fernseh-Nachrichtenstudios als auf ein Beispiel, wie man immer mehr jene Plattformen einer gemeinsamen, die Sprachgrenzen übergreifenden Identität aufgegeben habe.

### Besorgnis und Perspektiven

*Ivan Pictet,* Präsident der Genfer Handelskammer, möchte bei aller Enttäuschung das Abstimmungsergebnis nicht dramatisieren. Die Schweiz habe einen Zug verpasst, aber es gebe in solchen Fällen gewöhnlich noch weitere. Eine Chance bleibe mit dem *Gatt-Abkommen,* das um so grössere Bedeutung für die Schweiz erhalte. Der EWR war eine Gelegenheit, die Schweizer Gesetze *eurokompatibel* zu gestalten. Nun müsse dieser Weg auf andere Weise zurückgelegt werden, was einen beträchtlichen, aber dringend nötigen *ordnungspolitischen Effort* bedeute.

Recht pessimistisch äusserte sich der Neuenburger Ständerat *Jean Cavadini,* der schwierige Jahre auf die Schweiz zukommen sieht, politisch, weil zum erstenmal in dieser Form der eine Landesteil den Ausschlag gegeben hat, und in vielen einzelnen Fragen, wo nun, wie zum Beispiel für Bildung und Forschung, die Mobilität erschwert ist. Das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit wieder ins Lot zu bringen, werde keine leichte Aufgabe sein. Auch der Walliser Nationalrat *Pascal Couchepin* verhehlt seine Besorgnis nicht, auch wenn er vor übertriebener Nervosität warnt. In der Praxis gelte es, das Eurolexpaket doch über die Runden zu bringen, das Beitrittsgesuch jedenfalls nicht zurückzuziehen, weil die Türen offen bleiben sollen.

# EWR – nicht nur auf Schweizer Kanälen

## *Der Abstimmungssonntag am Fernsehen*

*gfh.* Je später der Fernseh-Sonntag, um so nachdenklicher wurde die Stimmung, um so grösser das *Ausmass der Ratlosigkeit.* Hatte das Abstimmungsstudio des *Schweizer Fernsehens DRS* am Nachmittag noch Spiele und respektlose – zum Teil auch stillose – Sprüche eines «Samichlaus» parat, so wurde es immer ernster und ratloser, je deutlicher das Resultat ins Bewusstsein drang. Auch in den TV-Programmen unserer europäischen Nachbarn war das Schweizer Nein zum EWR ein vorrangiges Thema.

### Ratlose Runde der Bundesratsparteien

Nicht auf Triumph gestimmt, sondern ebenfalls eher von Rat- und Konzeptlosigkeit geprägt war etwa der Auftritt von Nationalrat *Christoph Blocher.* Er verzichtete auch nach geschlagener Schlacht darauf, ein *Konzept* für den schweizerischen Sologang ausserhalb des EWR vorzulegen, und hoffte, der *Bundesrat* werde ein solches haben, das sei schliesslich seine Aufgabe. Im übrigen spielte Blocher den *Gegensatz zwischen Deutsch und Welsch* mit dem Argument herunter, von den vier Sprachgruppen unseres Landes hätten ja drei gegen den EWR gestimmt – eine Aussage, die in der Westschweiz sogleich harsche Reaktionen hervorrief: Im *Westschweizer Fernsehen,* wo unter der Leitung von Claude Torracinta eine ausführlichere und nicht durch Chläuse, eingespielte Grafiken und Umfrageergebnisse unterbrochene *politische Diskussion* stattfand, zog FDP-Fraktionschef *Pascal Couchepin* vom Leder: In der Abstimmungskampagne hätten die konzeptlosen Gegner mit einem diffusen Patriotismus operiert. Nun, wo es ernsthafte Gegensätze zwischen den Landesteilen gebe, würden diese heruntergespielt – eine vollkommen *unpatriotische Haltung,* wie Couchepin kritisierte.

Wenig Erhellendes brachte die um die Präsidentin der Grünen, Nationalrätin Verena Diener, ergänzte Runde der Bundesratsparteienpräsidenten zutage. Zum *Deutsch-Welsch-Gegensatz,* für den am Abend bereits eindrückliche und zum Teil alarmierende Belege vorlagen, artikulierte die ratlose Runde kaum einen Satz. Von seiten der Gegner war nicht viel mehr als das Bekenntnis zu hören, man müsse jetzt zusammenstehen, und nach SVP-Präsident *Uhlmann* muss die Revitalisierung der Schweizer Wirtschaft jetzt «durchgezogen» werden – eine Aussage, die in den anschliessenden Erörterungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (SPS-Präsident *Bodenmann* plädierte für umfangreiche Beschäftigungsprogramme) ziemlich sang- und klanglos wieder unter den Tisch fiel. Nach FDP-Präsident *Steinegger* ging die Abstimmung verloren, als der Bundesrat sein EG-Beitrittsgesuch stellte. Und CVP-Präsident *Carlo Schmid* plädierte für den pragmatischen Weg von Verhandlungen mit der EG, um zu schauen, was noch herauszuholen sei.

### Aufmerksame Nachbarn

In den Informationssendungen der TV-Stationen unserer Nachbarländer gehörte das EWR-Nein der Schweiz zu den vorrangigen Themen des Abends: Insbesondere der *ORF* widmete dem Thema einen ausführlichen Informationsblock aus Bern, Brüssel und Wien. Der österreichische Kanzler Vranitzky bezeichnete das Schweizer Nein als «Rückschlag, aber keine Katastrophe für Europa». *Lob* erntete die Schweiz dafür von den österreichischen Grünen und von FPÖ-Chef *Haider,* der es als klug bezeichnete, dass die Schweiz den «Wartsaal zur EG» nicht betreten habe. Auch *ARD* und *ZDF* widmeten dem Schweizer Entscheid Korrespondentenberichte an prominenter Stelle.

# Österreich für rasche Realisierung des EWR

*dk. Wien, 6. Dezember*

Die Bundesregierung in Wien gibt klar zu verstehen, dass der negative Volksentscheid zum EWR in der Schweiz an der österreichischen Integrationspolitik nichts ändern werde. Aussenminister *Alois Mock* drückt sein «grosses Bedauern» aus, betont aber auch, dass man diesen demokratischen Entscheid voll und ganz respektieren müsse. Angesichts der neuen Lage gelte es, unverzüglich die im Vertrag vorgesehene *diplomatische Konferenz* einzuberufen. Österreich habe alles Interesse daran, in einer schwierigen wirtschaftlichen Zeit durch eine rasche Verwirklichung des EWR grössere Benachteiligungen für die Exportwirtschaft zu verhindern. Wirtschaftsminister *Schüssel* fordert die übrigen Vertrags- und Verhandlungspartner auf, klare Signale zu setzen, um den Vertrag auch ohne die Schweiz so rasch als möglich in Kraft zu setzen.

Vizekanzler *Busek* rechnet allerdings damit, dass man mit einer ganz beträchtlichen *Verzögerung* rechnen müsse, die von einem halben bis zu einem Jahr gehen könne. Er hält es ausserdem für relativ unwahrscheinlich, dass die Schweiz an ihrem EG-Beitrittsgesuch in der jetzigen Form festhalten werde. Es bestehe für ihn die Möglichkeit, dass Bern den Antrag entweder ganz zurückziehe oder doch zumindest bis auf weiteres ruhen lasse. Die Aussichten, dass die EG mit der Schweiz eine bilaterale Vereinbarung treffen könnte, hält der Vizekanzler eher für gering, nachdem sich die Berner Regierung doch bereits als ein sehr schwieriger Verhandlungspartner erwiesen habe. Für den früheren Aussenminister und SPÖ-Europasprecher *Peter Jankowitsch* ist der Volksentscheid in der Schweiz dagegen «ohne Zweifel» ein ernster *Rückschlag* für die europäische Integration, die sich in den Schlingen eines wachsenden Malaises zu verfangen drohe. Die Ablehnung des EWR durch ein wichtiges EFTA-Land wirft seiner Ansicht nach ein Schlaglicht auf die «unübersehbaren Schwächen» dieses Vertragswerkes, die man wohl am besten durch einen rascheren Vollbeitritt in die EG beheben könne.

Erfreut über das Ergebnis des Referendums in der Schweiz sind dagegen die österreichischen *Grünen,* die vergeblich versucht hatten, auch in Österreich eine Volksabstimmung durchzusetzen.

Anzeige REX329 143D



## Knappes Thurgauer Nein zum Finanzausgleichsgesetz

### Horizontaler Ausgleich als Klippe

*stb. Frauenfeld, 6. Dezember*

Im Kanton Thurgau werden die verschiedenen, zum Teil bloss in Verordnungsform gekleideten Erlasse über den Finanzausgleich vorerst nicht zu einem speziellen Gesetz zusammengefasst. Bei einer Beteiligung von 80,6% lehnten die Stimmenden eine entsprechende Vorlage am Wochenende mit 48 231 Nein gegen 44 653 Ja relativ knapp ab. In der politischen Wertung kann aber dennoch von einem eindeutigen Fingerzeig die Rede sein: Gescheitert ist das Gesetz wohl vor allem wegen des darin vorgesehenen *horizontalen Finanzausgleichs* – also der direkten Beitragspflicht – für steuergünstige Ortsgemeinden. Hinzu kam vermutlich ein gewisses Unverständnis darüber, dass es in einer Zeit der erklärten Strukturbereinigung im Thurgauer Gemeindewesen nicht möglich sein sollte, den Mittelbedarf der Politischen und der Schulgemeinden *miteinander zu verrechnen.* Beides erklärt, weshalb das Finanzausgleichsgesetz keineswegs nur (obzwar oft auch) je nach örtlichen Interessenlagen verworfen oder gutgeheissen wurde. Umgekehrt wiederum wissen die Behörden nun, wo sie bei einer Neuauflage anzusetzen haben. Einer gesetzlichen Grundlage nämlich bedarf der Finanzausgleich nach den Bestimmungen der Kantonsverfassung auf jeden Fall.

## Kein Tempoversuch im Kanton Basel-Landschaft

### Rheinhafengesetz angenommen

*sc.* Im Kanton-Baselland ist das Pilotprojekt «Niedriggeschwindigkeitsszenario» an der Urne gescheitert. 84 673 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich dagegen ausgesprochen, während 32 876 den erforderlichen Kredit von 690 000 Franken gutgeheissen haben. Kreise der Automobilverbände und des Gewerbes hatten gegen den entsprechenden Beschluss des *Landrats* das Referendum ergriffen; mit einer Gefolgschaft von 72,0 Prozent der Urnengänger haben sie nun eine starke Rückendeckung erhalten. Mit dem Pilotversuch hätte erstmals in der Schweiz in einem flächendeckenden und zeitlich angemessenen Versuch der Zusammenhang zwischen Tempolimiten und Stickoxidkonzentrationen in der Luft ermittelt werden sollen.

Deutliche Mehrheiten kamen im Baselbiet bei den beiden andern Themenkreisen zustande. Dem neuen *Rheinhafengesetz,* das von der Standortgemeinde Birsfelden bekämpft wurde, haben 78 434 und der dazugehörenden Verfassungsänderung 78 879 zugestimmt; Nein-Stimmen wurde 21 881 bzw. 21 058 ausgezählt. Das neue *Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere* fand beim Stimmvolk mit 95 876 Ja gegen 13 461 Nein eine breite Unterstützung. Die Stimmbeteiligung erreichte je nach Vorlage 71 bis 75 Prozent.

## Erdgipfel-Sekretariat kommt nicht nach Genf

### New York als Sitz bestimmt

*Bern, 4. Dez. (ap)* Genf wird endgültig nicht Sitz des nach dem Erdgipfel von Rio de Janeiro geschaffenen Sekretariats der *Kommission für nachhaltige Entwicklung.* Wie das EDA mitteilt, wählte Uno-Generalsekretär *Boutros Ghali* den Hauptsitz in New York als Standort. Auf den von der Schweiz geplanten Bau eines *«Hauses der Umwelt»* in Genf habe der negative Entscheid keinen Einfluss.

Die Kommission für nachhaltige Entwicklung soll die an der Uno-Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro beschlossene Agenda 21 für das Überleben der Menschheit umsetzen.

## Gefängnisstrafe für SP-Nationalrat Gross

### Bestätigung durch das Bundesgericht

*Lausanne/Zürich, 6. Dez. (sda)* Das Bundesgericht hat das Urteil von *45 Tagen Gefängnis unbedingt wegen Zivilschutzverweigerung* gegen den Zürcher SP-Nationalrat Andreas Gross bestätigt. Er habe das schriftliche Urteil am Wochenende erhalten, sagte der Politiker und bestätigte am Sonntag eine entsprechende Meldung des «Sonntags-Blicks». Er prüfe, ob er das Verdikt beim Menschenrechts-Gerichtshof in Strassburg anfechten solle.

Gross bezeichnete das Urteil gegenüber der SDA als unverhältnismässiges und unsorgfältiges politisches Verdikt. Vermutlich müsse er die Strafe absitzen, weil der allfällige Weiterzug nach Strassburg keine aufschiebende Wirkung habe. Zudem sei in solchen Fällen die Argumentation schwierig.

Der Armeegegner hatte im Sommer 1990 zum drittenmal einen *Zivilschutzkurs* nach dem ersten Vormittag *verlassen.* Er machte dafür einen Gewissenskonflikt geltend. Das Zürcher Bezirksgericht billigte Gross im Herbst 1991 achtenswerte Gründe zu und verurteilte ihn wegen Übertretung des Bundesgesetzes über den Zivilschutz zu *1200 Franken Busse.* Das Obergericht liess ein halbes Jahr später diese Gründe nicht gelten, qualifizierte die Verweigerung als Vergehen und verurteilte Gross zu 45 Tagen Gefängnis unbedingt.

*Kommunale Urnengänge*

## Stadtberner Exekutive wird rot-grün

### *Verlust des einzigen Sitzes der SVP*

*Bern, 6. Dez. (ap)* Bei den Wahlen in die Berner Stadtregierung haben die Rot-Grün-Mitte-Parteien die absolute Mehrheit gewonnen. Nach achtjähriger Vorherrschaft befinden sich die Bürgerlichen erstmals in der Minderheit. Die SVP verlor mit dem Bisherigen Marc-Roland Peter ihren einzigen Sitz. Neu gehören der Regierung drei Frauen an.

Das beste Resultat erreichte *Joy Matter* vom Jungen Bern/Freie Liste mit 31 066 Stimmen. Auf sie folgen die beiden bisherigen SP-Gemeinderäte *Klaus Baumgartner* und *Alfred Neukomm* mit 29 963 respektive 28 839 Stimmen. *Therese Frösch* vom Grünen Bündnis kam auf 24 887 Stimmen und liess damit den besten Bürgerlichen hinter sich zurück: *Josef Bosshard* von der CVP kam auf 24 811 Stimmen. Die FDP verteidigte mit den beiden neuen Kandidaten *Theres Giger* (23 873 Stimmen) und *Kurt Wasserfallen* (23 086 Stimmen) ihre beiden Sitze.

Von den nicht Gewählten erreichte Otto Mosimann von der Evangelischen Volkspartei mit 22 111 Stimmen das beste Resultat; er war als fünfter Bewerber auf der gemeinsamen Liste von Rot-Grün-Mitte angetreten. Mosimann liess den bisherigen SVP-Gemeinderat und Baudirektor Peter noch hinter sich, dem 21 187 Bernerinnen und Berner die Stimme gaben.

Keine Chance hatten die Kandidaten der *Rechtsaussen-Parteien.* Peter Jenni von der Autopartei kam auf 7796 Stimmen, Karl Brodmann von den Schweizer Demokraten erreichte 7577 Stimmen. Insgesamt hatten sich 15 Bewerber für die 7 Sitze in der Berner Stadtregierung beworben.

#### Zweiter Wahlgang für Stadtpräsidium

*(sda)* Für das Stadtpräsidium in Bern kommt es am 24. Januar 1993 nicht unerwartet zu einem zweiten Wahlgang. Der Sozialdemokrat *Klaus Baumgartner* verzeichnete das beste Resultat, deutlich vor der Freisinnigen *Theres Giger.* Auf Rang drei kam Finanzdirektor Josef Bossart, obwohl er nicht offiziell kandidierte. Der Schweizer Demokrat Karl Brodmann blieb weit abgeschlagen.

Baumgartner kam bei einem absoluten Mehr von 24 139 auf 20 846 Stimmen, Giger erreichte 13 595, Bossart 8219, Brodmann 1956 Stimmen. Theres Giger wertete ihr Resultat im ersten Umgang als gutes Ergebnis. Sie habe als «Neue und Frau» eindeutig Rang zwei erreicht. Die hohe Stimmenzahl von Josef Bossart sei eines der realistischen Szenarien gewesen.

Ob sie zum zweiten Wahlgang antreten werde, wollte Giger noch nicht sagen. Der FDP-Parteipräsident sagte gegenüber dem «Regionaljournal» von Radio DRS, seine Partei strebe eindeutig eine Ausmarchung zwischen Baumgartner und Giger an.

Baumgartner erklärte nach Bekanntwerden des Verdiktes, er sei erfreut über sein mit Abstand bestes Resultat. Er sehe nun gute Chancen, im zweiten Umgang zum Nachfolger des zurücktretenden Stadtpräsidenten *Werner Bircher* (FDP) gewählt zu werden. Er sei überzeugt, dass sowohl Frau Giger wie er Stimmen an Bossart verloren hätten. Für den zweiten Wahlgang hänge auch viel davon ab, wie hoch die Stimmbeteiligung und die Mobilisationsfähigkeit der Blöcke sein werde.

## Lebhaftes Bedauern in Bonn

### Bereitschaft zum politischen Brückenbau

*Ch. M. Bonn, 6. Dezember*

Die Ablehnung des EWR-Vertrages durch Volk und Stände der Schweiz ist von der *deutschen Regierung* mit lebhaftem Bedauern zur Kenntnis genommen worden. Bonn hatte einen anderen Ausgang erhofft, erklärte der Regierungssprecher in einer ersten Stellungnahme am Sonntag. Für Europa wäre es besser gewesen, wenn die Schweiz dem EWR beigetreten wäre. Bei aller Anerkennung des schweizerischen Votums fügte der Sprecher gleichwohl hinzu, dass eine Annahme des Vertragswerkes wahrscheinlich auch für die Schweiz besser gewesen wäre. Dem Bedauern wurde in Bonn jedoch zugleich mit allem Nachdruck die Versicherung beigesellt, dass für die Schweiz, die trotz ihrer nun vollzogenen teilweisen Selbstisolierung nach wie vor zu Europa gehöre, die *Tür* weiterhin *offenstehe* und niemand, weder in Deutschland noch anderswo in der Europäischen Gemeinschaft, sie zuzuschlagen beabsichtige.

Nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen befürwortet und unterstützt Deutschland weiterhin das Gesuch der Schweizer Landesregierung um *Beitritt zur EG.* Auf jeden Fall solle die Möglichkeit der Teilnahme der Schweiz am grossen europäischen Binnenmarkt aufrechterhalten werden. Nach deutscher Ansicht gehörten Staaten wie Österreich, aber später auch Polen und Ungarn in die Gemeinschaft; längerfristig wäre diese ohne die Schweiz eigentlich schwer vorstellbar. Deshalb wurde am Sonntag abend in Bonn der Wille unterstrichen, der Schweiz alle möglichen Brükken zu bauen.

Offensichtlich gab man sich aber kaum Illusionen hin, dass der Schweizer Souverän sich rasch umstimmen liesse. Darüber, dass das Land unweigerlich in eine gewisse Selbstisolierung zu fallen drohe, empfinde niemand Schadenfreude, hiess es mit aller Deutlichkeit. Bundeskanzler *Kohl* hatte schon längere Zeit vor der Abstimmung mehrmals angedeutet, wie sehr er einen EG-Beitritt der Schweiz als Gewinn und erstrebenswerte Anerkennung für die Europäische Gemeinschaft betrachten würde. Das EWR-Nein stellt in dieser Perspektive einen bedenklichen Refus dar.

## Parteien und Verbände nach dem Nein zum EWR

#### Die FDP tief besorgt

*(Mitg.)* Die *Freisinnig-Demokratische Partei* (FDP) bedauert das Scheitern der EWR-Vorlage zutiefst. Damit haben die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Lösung abgelehnt, die unserem Land alle Optionen offengehalten hätte. Gleichzeitig wendet sich die Schweiz erstmals in ihrer Geschichte von den europäischen Staaten ab. Mit dem Nein ergeben sich sowohl innen- als auch europapolitisch *grosse Schwierigkeiten.*

Innenpolitisch erfüllt die FDP der Gegensatz zwischen der den EWR befürwortenden Westschweiz und der ablehnenden Mehrheit mit grosser Sorge. Die Partei ruft alle Kräfte in unserem Land auf, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Nach dem Entscheid für den Alleingang wird sich nach Ansicht der FDP die wirtschaftliche Lage noch *verschlimmern.* Dadurch werden wir in Zukunft den Gürtel enger schnallen müssen. Die FDP kann heute keine Patentlösung präsentieren und verweist mit Nachdruck auf die Verantwortung der EWR-Gegner. Als staatstragende Partei wird die FDP bei der Suche nach Lösungen und damit bei der Schadensbegrenzung konstruktiv mitarbeiten. Dabei wird es vor allem darum gehen, den Verlust an *Wettbewerbsfähigkeit* zu begrenzen und die Abwanderung von Arbeitsplätzen zu verhindern.

#### CVP für Reformen und Gespräche

Für die *Christlichdemokratische Volkspartei* (CVP) sind nach dem Nein zum EWR *interne Reformen* und Signale der *Gesprächsbereitschaft nach aussen* notwendig. Der Avis der EG zum Gesuch der Schweiz um Beitrittsverhandlungen sei in jedem Fall abzuwarten und stelle ein wichtiges Element der Lagebeurteilung dar, teilte die Partei weiter mit.

Im Innern wird es gemäss CVP in erster Linie darum gehen müssen, die öffentlichen Finanzen zu sanieren, einer neuen Bundesfinanzordnung zum Durchbruch zu verhelfen und wettbewerbsverzerrende Steuern zu korrigieren. Es gelte ausserdem, die qualitätsfördernde Konkurrenz zu verbessern, die Mobilität auf dem Schweizer Arbeitsmarkt zu erhöhen und die Bewilligungsverfahren zu vereinfachen. Vorab stehe der Schweiz aber bevor, bezüglich Gatt und Landwirtschaft eine gemeinsame Plattform zu finden. Die Ablehnung des EWR versteht die CVP nicht als Entscheid gegen das Schweizer Engagement in Europa und der Welt. Die Gespräche mit den europäischen Nachbarn sollen nicht abbrechen, sondern vielmehr auf verschiedenen Ebenen intensiviert werden.

#### Befriedigung der SVP

*(Mitg.)* Die *Schweizerische Volkspartei* (SVP) ist befriedigt vom Ausgang der EWR-Abstimmung. Der Souverän hat mit diesem Entscheid einen allzu einseitigen und undemokratischen Vertrag abgelehnt und ein klares Bekenntnis zu einer eigenständigen Entwicklung der Aussenbeziehungen abgegeben. Nach Ansicht der SVP muss sich der Bundesrat jetzt mit aller Kraft für eine Weiterführung und einen Ausbau unserer *bilateralen Beziehungen* zu den Staaten Europas einsetzen. Der klare Entscheid lässt uns als starken, aussenpolitisch souveränen Partner der EG in einer guten Position. Auf innenpolitischer Ebene gilt es nun, die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft zu verbessern, so schnell wie möglich ein konsequentes *Revitalisierungsprogramm* zu verwirklichen und in verschiedenen Bereichen Deregulierungen vorzunehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

#### SPS für Prüfung eines zweiten Anlaufs

*(Mitg.)* Die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* (SPS) bedauert ausserordentlich das Nein von Volk und Ständen zum EWR-Vertrag. Das Nein ist aus der Sicht der SP keine grundsätzliche Absage an die europäische Integration. Das Ergebnis zeigt, dass die Bedenken der Bevölkerung im sozialen Bereich von Bundesrat und Parlamentsmehrheit nicht genügend ernst genommen worden sind. Nach Ansicht der SPS darf die Integrationspolitik keineswegs fallengelassen werden. Ein zweiter Anlauf Richtung EWR sollte geprüft werden. *Neuverhandlungen* mit der EG und den bisherigen EFTA-Partnerländern können neue Ergebnisse bringen. Wichtig ist aus SP-Sicht, dass eine neue Vorlage unbedingt mit mehr flankierenden Massnahmen im sozialen Bereich verknüpft ist.

Von Bundesrat und Parlament fordert die Partei, dass sie endlich mit beschäftigungspolitischen Massnahmen die Wirtschaft ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen, gerade auch mit Blick auf die hohe Arbeitslosigkeit in der Westschweiz. Die SP Schweiz wird die von den ablehnenden Rechtspopulisten propagierte einseitige Deregulierung mit Sozialabbau vehement bekämpfen.

#### Grüne Ziele der Europapolitik

*(Mitg.)* Die *Grüne Partei der Schweiz* (GPS) ist befriedigt von der Ablehnung des EWR-Vertrages. Die Schweiz sage damit nicht «Nein zu Europa», sondern Nein zu einem schlechten Vertrag. Die Schweiz muss in Europa und in der Welt eine aktive Rolle spielen. Die GPS fordert klare *Leitplanken für die EG-Beitrittsverhandlungen.* In einem öffentlich diskutierten Verhandlungsmandat müssen die Rolle der direkten Demokratie, ökologische und soziale Garantien und der Stellenwert der Neutralität festgelegt sein.

## *Divergenzen in Wirtschafts- und Sozialpolitik*

#### Verbesserung der Rahmenbedingungen nach Ansicht des Vororts dringlich

*(Mitg.)* Der *Schweizerische Handels- und Industrie-Verein* (Vorort) bedauert das Nein des Souveräns zum Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Dieses Nein stellt die Schweiz vor grosse wirtschaftspolitische Herausforderungen. Es müssen rasch Mittel und Wege gefunden werden, um Schaden von der Wirtschaft abzuwenden. Gegenüber den europäischen Staaten müssen alle Möglichkeiten, die der Schweiz den Zutritt zum Binnenmarkt erleichtern, offengehalten und geprüft werden. Im Inland gilt es, unverzüglich die Rahmenbedingungen für die unter starkem internationalem Konkurrenzdruck stehende Wirtschaft umfassend zu verbessern, damit schweizerische Unternehmungen gegenüber dem Ausland nicht ins Hintertreffen geraten und weiterhin ab dem Standort Schweiz produzieren und exportieren können. Der Bundesrat kann sich dieser *ordnungspolitischen Führungsaufgabe* nicht mehr länger entziehen. Sonst wird sich der Druck auf Standortverlagerungen ins Ausland verstärken. Gleichzeitig muss die Schweiz nach Ansicht des Vororts das Ihre dazu beitragen, dass die ins Stocken geratene *Uruguay-Runde* erfolgreich abgeschlossen werden kann. Ohne EWR kommt einer offenen Welthandelsordnung unter den Auspizien des Gatt eine noch grössere Bedeutung zu.

#### Gewerkschaftsbund gegen Sozialabbau

*(Mitg.)* Der *Schweizerische Gewerkschaftsbund* (SGB) bedauert das Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum. Für die Arbeitnehmerschaft, die leider zu einem grossen Teil den Hetztiraden und der Angstmacherei bezüglich Lohnsenkung und Masseneinwanderung bei einem Ja mehr Gehör schenkte als den sachlichen Informationen der Gewerkschaften, werden harte Zeiten kommen. Denn die Arbeitgeber werden die zu befürchtenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nutzen, um verstärkt ihre *Deregulierungskampagne,* ihren Angriff auf die Gesamtarbeitsverträge fortzusetzen. Diesem Angriff auf den sozialen Frieden werden die Gewerkschaften mit aller Härte zu begegnen wissen.

Das Nein war nach dem Urteil des SGB stark geprägt von Verunsicherung und Angst vor allfälligen negativen Folgen. Es gilt deshalb, nun mit allen Kräften zu verhindern, dass die Schweiz vom sozialen Fortschritt in Europa abgekoppelt wird. *Reformen,* wie sie im *Eurolex-Verfahren* mit klaren parlamentarischen Mehrheiten angenommen wurden, sind in der schweizerischen Gesetzgebung zu verankern.

Das Nein zum EWR ist ein harter Einschnitt in den Beziehungen der Schweiz zur europäischen Nachbarschaft. Diese Beziehungen werden schwieriger. Gerade deshalb hat der Bundesrat die *Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft weiterzuführen* und dem Schweizervolk die Gelegenheit zu geben, in einigen Jahren über seine Beziehungen zu Europa neu zu entscheiden.

*Internationale Devisenmärkte*

## Kaum veränderte Frankenkurse

*bs.* Die ersten Devisenmärkte, welche auf das Schweizer Abstimmungsresultat hätten reagieren können, nämlich *Australien* und *Neuseeland,* verzeichneten einen ausgesprochenen ruhigen Start in die neue Woche. Der Dollar vermochte jedoch schon in der ersten halben Handelsstunde gegenüber dem Franken Terrain zu gewinnen und notierte bald mit Preisen um Fr. 1.44. Am Freitag hatte die amerikanische Valuta in Zürich mit Fr. 1.4255 unter dem Eindruck erfreulicher Arbeitsmarktdaten bereits um rund 2 Rp. höher geschlossen. Die D-Mark konnte im Verhältnis zum Franken im australischen Geschäft ebenfalls etwas zulegen. 100 DM kosteten vorübergehend über 90 Fr., doch fiel die Notiz noch während der ersten Stunde wieder unter diese Marke.